



## *Solidarität mit den Streikenden in der Sozialwirtschaft!*

## *Für Gehaltserhöhung, menschenwürdige Arbeitsbedingungen und 35-Stunden-Woche!*

Warum die Kolleginnen und Kollegen in der Pflege streiken hat seinen Grund darin, dass die Arbeit extrem belastend und die Bezahlung beschämend niedrig ist.

Mehr als 70 % der Beschäftigten sind Frauen und arbeiten zu 70% in Teilzeit. Der Grund ist, dass die Arbeit sehr stark belastend ist und gerade Frauen zudem meist die Doppelbelastung von Beruf und Haushalt auch noch zu tragen haben.

*Fortsetzung Seite 2*

---

# *Solidarität*

## *unsere Chance*

Nummer 146

März 2020

---

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV  
1070 Wien, Stiftgasse 8, Mail: [oesolkom@gmx.at](mailto:oesolkom@gmx.at) Web: <http://prosv.akis.at> \* [www.prodemokratie.com](http://www.prodemokratie.com)

---

## Streik in der Pflege- mehr als berechtigt!

Rund 130.000 Menschen sind in rund 450 privaten Organisationen in der Pflege und Betreuung tätig. Knapp 71.000 davon arbeiten in Spitälern, etwas mehr als 47.000 in der stationären Langzeitpflege und rund 18.500 in der mobilen Pflege für Pflegebedürftige zu Hause. Caritas mit ca. 15.000 Beschäftigten und Diakonie haben eigene Kollektivverträge.

In der mobilen und stationären Pflege braucht es bis 2030 laut WIFO 24.000 und bis 2050 79.000 zusätzliche Pflegekräfte. Der überwiegendste Teil der Betriebe in der Sozialwirtschaft (SÖW) arbeitet gemeinnützig, derzeit noch ganz wenige gewinnorientiert. Wie z.B. der private Pflegeheimbetreiber Senecure. Dieser hat in Österreich 80 gewinnorientierte Pflegeheime und gehört zum französischen privaten Gesundheitskonzern Orpea, der weltweit 900 Pflegeheime betreibt.

Im Gesundheits- und Sozialbereich macht der Durchschnittsverdienst rund 2.300 Euro brutto im Monat aus, bei Heimhelfer\*innen rund 1.900 Euro – bei Vollzeit wohlgermerkt!

Das erklärt die schwierige Situation der SÖW-Beschäftigten und den Grund für ihre berechtigten Forderungen nach Gehaltserhöhung und 35-Stunden-Woche.

Für diejenigen, die schon Teilzeit arbeiten, weil die Belastungen der Arbeit zu groß sind, würde das einer Lohnerhöhung um 8,6% gleichkommen.

Seit Jahren schon kämpfen die Beschäftigten aus den Gesundheits- und Pflegebereich um bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung und um Arbeitszeitverkürzung.

Wenn es jetzt im Zuge der KV-Verhandlungen und der Streiks seitens der SÖW-Unternehmer oft heißt, man könne nicht mehr bezahlen und bekomme kein Personal, dann sei dazu folgendes bemerkt:

Erstens bekommt man eben gerade deshalb kein Personal, weil die Arbeitsbelastung so hoch und die Bezahlung so niedrig ist. Ein Viertel der Beschäftigten im Gesundheitsbereich (A&W blog). denkt mindestens einmal im Monat darüber nach, den Job zu wechseln.

Zweitens wird beteuert, dass man nicht mehr Geld zur Verfügung habe, weil man von Förderungen von Bund und Ländern abhängig sei. Das zeigt, dass in den vergangenen Jahrzehnten die öffentliche Hand, also der Staat, sich seiner Aufgabe durch Auslagerung entledigt hat. Wären die heutigen SÖW-Beschäftigten bei Bund und Ländern beschäftigt, würden sie um 20 bis 33% mehr verdienen.

Anstatt zu jammern, könnten die SÖW-Chefs ja gemeinsam mit den Beschäftigten Druck auf die Regierung ausüben. Also einmal in echter Sozialpartnerschaft. So käme man an das Geld, das den Menschen durch Umverteilung an die Großkonzerne (z.B. Körperschaftssteuer senkung) geraubt wird.

Wenn das nicht geschieht, und die öffentliche Hand den Sozial- und Gesundheitsbereich weiter aushungert, dann krallen sich Privatkonzerne diesen Bereich. Dann wird mit noch billigeren (Hilfs-)Kräften, noch mehr Profit gemacht. Das werden dann auch die jetzt großen SÖW-Organisationen wie Lebenshilfe, Hilfswerk, Caritas oder Diakonie zu spüren bekommen. Daher „liebe“ SÖW-Chefs, nicht bei den eigenen Angestellten drücken, sondern gemeinsam Druck machen nach oben, auf Bund, Land, Gemeinden und gegen die private Gesundheitskonzerne.

Die Kranken und Pflegebedürftigen zahlen sich die Pflege zu fast 90 Prozent selbst. Denn die Gesamtausgaben für die Pflege machen 7,9 Mrd. Euro im Jahr aus. 2,1 Mrd. stammen von Ländern und Gemeinden, 2,9 Mrd. vom Bund. Weitere 2,9 Mrd. von Privaten. Bedenkt man, dass mehr als 80 Prozent der Staatseinnahmen (Steuern) von den arbeitenden Menschen stammen, wäre es nur logisch und gerecht, dass dann auch das Geld für uns alle da ist.

Nicht vom Streik betroffen sind die rund 60.000, meist noch schlechter als die SÖW-Beschäftigten bezahlten 24-Stunden-Pfleger\*innen. 2007 wurden 24-Stunden-Betreuer\*innen statt angestellt zu (Schein-)Selbständigen gemacht. Für sie gilt kein Kollektivvertrag und sie sind Wirtschaftskammermitglieder.

Damals wurde von der Politik ein bis dahin ungesetzlicher Zustand legalisiert. Zur Freude von Wirtschaftskammer, gewerblicher Versicherung (SVA/SVS) und privaten Vermittlungsagenturen wurden diese Arbeitenden zu Selbständigen erklärt. Vermittelt zu den Patienten zu Hause werden diese über rund 870 Agenturen, die nicht nur an den 24-Stunden-Pfleger\*innen für die Vermittlung verdienen, sondern auch bei den Pflegebedürftigen abkassieren.

\*

Laut Arbeitsklimaindex (Ifes, Sora) halten Altenpfleger\*innen wegen der Belastungen NICHT bis zur Pension durch. Zwei Drittel von ihnen will den Job vor der Pension aufgeben, öfter noch als Maurer\*innen oder Fabrikarbeiter\*innen.

Besonders zynisch und berechnend ist Bundeskanzler Kurz, der pflegende Angehörige (960.000, meist wieder Frauen) mit 1.500 Euro jährlich (!) abspesen will und das als Lösung des Pflegeproblems hinstellt.

Das ist dann doppelte Privatisierung zum Nachteil der Masse der Menschen: Einerseits Kaputtsparen des öffentlichen Gesundheitsbereichs, damit Auslieferung an private profitorientierte Großkonzerne. Andererseits Abschiebung der für die Konzerne unrentablen Pflege zu Hause auf die Angehörigen, weil Wenigverdiener\*innen sich weder Pflegeheime noch private Pflege leisten können.

